

## **Die Fraktionen von SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und BfH in der Stadtverordnetenversammlung Hanau**

Hanau, 16.06.2009

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Jürgen Scheuermann  
Am Markt  
63450 Hanau

### **Antrag: „Save-me“ – Für ein Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen**

Sehr geehrter Herr Scheuermann,

die Fraktionen von SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und Bürger für Hanau stellen zur Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. Juli 2009 den nachfolgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Bundesregierung, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen (Resettlement-Programm) einzurichten.**
- 2. Hierfür sind von Seiten des Bundes Rahmenbedingungen zu schaffen und auch finanzielle Mittel bereit zu stellen, um den erforderlichen Integrationsprozess zu ermöglichen.**
- 3. Die Stadt Hanau erklärt ihre grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlementprogramms der Bundesregierung aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.**

#### Begründung:

Weltweit befinden sich heute Millionen schutzbedürftiger Flüchtlinge in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzuflüchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen UNHCR ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA (mit 41.300 Flüchtlingen im Jahr 2006). Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt.

Wir wollen uns als Kommune ausdrücklich dazu bekennen, im Rahmen eines nationalen Programms, gemeinsam mit den anderen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beizutragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.

Durch den obigen Beschluss will unser unsere Stadt ihren Teil zu einer verantwortungsvollen und menschlichen Flüchtlingspolitik beitragen.

Mit freundliche Grüßen

(Cornelia Gasche)  
SPD-Fraktion

(Ursula Schäfer)  
FDP-Fraktion

(Wulf Hilbig)  
Fraktion Die Grünen

(Oliver Rehbein)  
BfH-Fraktion